

KONJUNKTURAUFSCHWUNG ENTLASTET BUDGET UND BESCHLEUNIGT BESCHÄFTI- GUNGSWACHSTUM

PROGNOSE FÜR 1998 UND 1999

Der Konjunkturaufschwung gewinnt in Österreich 1998 und 1999 an Dynamik. Das Wachstum beschleunigt sich auf real 2¾% bzw. 3%, Österreichs Wirtschaft expandiert wieder im Tempo des EU-Durchschnitts. Mit dem allmählichen Anziehen der Inlandsnachfrage werden Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte entlastet, die Preise bleiben weitgehend stabil.

Das Wirtschaftswachstum betrug in Österreich zwischen 1990 und 1996 im Durchschnitt real knapp 2% pro Jahr; das ist gleich viel wie in Deutschland und um etwa ½ Prozentpunkt pro Jahr mehr als im EU-Durchschnitt. Die vielfältigen Herausforderungen aus den veränderten Rahmenbedingungen (Ostöffnung, EU-Beitritt u. a.) wurden damit relativ gut bewältigt. In den ersten drei Quartalen 1997 expandierten Nachfrage und Produktion nach einer ersten Schätzung um gut 1¾%. Für das Jahr 1997 kann insgesamt eine reale Rate von zumindest 2% erwartet werden. Die Entwicklung ist primär vom Warenexport getragen – er nimmt gegenüber dem Vorjahr um etwa 10% zu.

Für 1998 und 1999 zeichnet sich eine Fortsetzung der exportgetragenen Konjunktur ab. Die Krise in Asien wird – soweit derzeit absehbar – den an Breite gewinnenden Konjunkturaufschwung in der EU zwar dämpfen, aber nicht entscheidend bremsen. Die Nachfrage der osteuropäischen Handelspartner wird weiterhin kräftig sein, jene Westeuropas wird noch stärker in Gang kommen. Unter der Annahme stabiler Wechselkurse im EWS und eines problemlosen Übergangs in die Währungsunion bleiben die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure hoch und das Wachstum der Warenausfuhr lebhaft (jeweils real +9%). Die Importe nehmen 1997 noch verhalten zu, gewinnen in den Folgejahren jedoch mit steigender Inlandsnachfrage an Dynamik. Das Handelsbilanzdefizit geht auf 90 Mrd. S zurück, das Defizit in der Leistungsbilanz stabilisiert sich auf einem Niveau von etwa 45 Mrd. S (1¾% des BIP). Es ist in erheblichem Maße von den Nettobelastungen aus den Zahlungen an die EU und Defiziten in der Faktoreinkommensbilanz geprägt und spiegelt nur zum Teil eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit wider.

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1995	1996	1997	1998	1999
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt					
Real	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,0
Nominell	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,0	+ 4,5
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 1,0	+ 1,2	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,5
Privater Konsum, real	+ 2,9	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,6	+ 4,6
Ausrüstungen	+ 3,1	+ 3,7	+ 5,0	+ 6,0	+ 7,0
Bauten	+ 0,6	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,5
Warenexporte ²⁾					
Real	+12,1	+ 5,3	+10,0	+ 9,0	+ 9,0
Nominell	+13,2	+ 5,5	+11,1	+10,6	+10,6
Warenimporte ²⁾					
Real	+ 5,7	+ 6,1	+ 6,5	+ 7,5	+ 8,0
Nominell	+ 6,2	+ 6,7	+ 8,1	+ 9,4	+ 9,6
Handelsbilanzsaldo ²⁾ Mrd. S	-88,0	-100,6	-90,3	-90,7	-91,8
Leistungsbilanzsaldo Mrd. S	-47,0	- 43,4	-45,5	-45,4	-43,3
In % des BIP	- 2,0	- 1,8	- 1,8	- 1,7	- 1,6
Sekundärmarktrendite ³⁾ in %	7,1	6,3	5,7	5,7	5,9
Verbraucherpreise	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Arbeitslosenquote					
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	3,9	4,4	4,4	4,3	4,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,6	7,0	7,1	7,1	6,9
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 0,0	- 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9

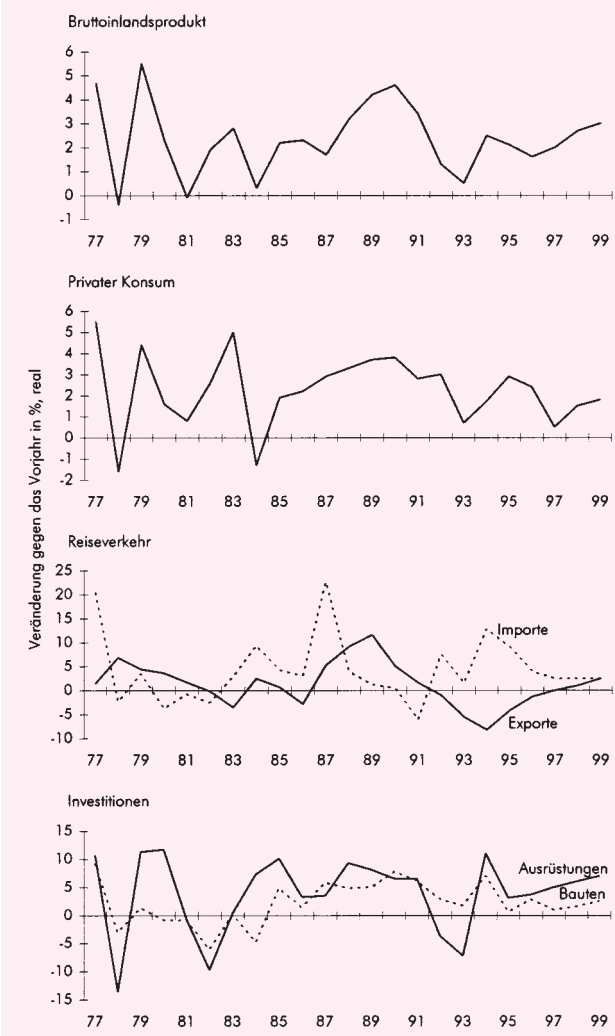
¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. — ²⁾ Laut ÖSTAT. — ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark). — ⁴⁾ Laut Eurostat. — ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. — ⁶⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

Bei reger Exportnachfrage expandiert die Sachgütererzeugung kräftig (+4½%), ab 1998 kann mit zunehmender Unterstützung seitens der Konsumnachfrage gerechnet werden. Die Beschäftigung weitet sich gegenüber dem Vorjahr kräftig aus; die Budgetpolitik ist weniger restriktiv, und die verfügbaren Einkommen steigen erstmals nach 2 Jahren wieder – das sollte der Ausweitung des privaten Konsums den nötigen Spielraum geben (1998 +1½%, 1999 +1¾%). Die Bauwirtschaft erholt sich nur langsam. Neue Finanzierungsmodelle und Ausgliederungen kommunaler Aufgaben könnten Impulse für den Tiefbau auslösen. Der Wohnungsneubau ist rückläufig, während der Sanierungsbau dynamisch bleibt. Im Wirtschaftsbau (etwa im Tourismus) könnte sich mit der Konjunkturverbesserung eine allmähliche Belebung ergeben.

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zeigt positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitskräfte-nachfrage (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld und Präsenzdiener) steigt 1998 um 18.000, 1999 um 27.000 (+0,6% bzw. +0,9%). Die Tendenz zur Flexibilisierung der Arbeitszeit ist weiterhin stark, Frauen werden von der Beschäftigungsausweitung im Dienstleistungsbereich überproportional profitieren. Der wachsenden Arbeitskräftenachfrage entspricht eine fast gleich starke Expansion des Arbeitskräfteangebotes aus der „stillen Reserve“. Die Arbeitslosigkeit geht deshalb nur leicht zurück. Sie erreicht 1999 im Jahresdurchschnitt ein Niveau von 229.000 Personen, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,9% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnung bzw. 4,2% der Erwerbspersonen nach international vergleichbarer Messung. 63% der Bevölkerung im erwerbsfähigen

Produktion und Nachfrage

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



Alter sind erwerbstätig. Österreich weist damit im europäischen Vergleich nicht nur eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten, sondern – einschließlich der steigenden Zahl der geringfügig Beschäftigten – auch eine der höchsten Beschäftigungsquoten auf.

Die Preisstabilität bleibt weiterhin in hohem Maß gewahrt. Nach wie vor werden EU-Beitrittseffekte – zunehmend auch im Dienstleistungsbereich – wirksam, das umfangreiche Wohnungsangebot drückt die Mieten bei Neuvermietung, von der Entwicklung der Rohstoffpreise und der Wechselkurse sind kaum noch preistreibende Effekte zu erwarten. 1998 spielen allerdings Tariferhöhungen eine Rolle. Die Inflation beträgt auf Verbraucherebene 1998 und 1999 nur jeweils 1½%. Die Lohnzuwächse pro Kopf sind vor allem 1997 und 1998 noch schwach, sie erreichen erst 1999 wieder +2¾%. Die Nettoeinkommen je Arbeitnehmer werden dennoch nach zwei Jahren kräftigen Rückgangs ab 1998 nur stagnieren.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist 1997 und 1998 noch primär von den umfangreichen Bemühun-

gen zur Budgetkonsolidierung geprägt. Diese zeigen Erfolge, Österreich erreicht die Fiskalkriterien für den Eintritt in die Währungsunion ohne Probleme, die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte sinkt 1997 auf 2,6%. In den Folgejahren werden auch im Budget positive Effekte der Konjunkturerholung wirksam, vor allem im Bereich der Lohnsteuereinnahmen. Die Neuverschuldung sinkt bis 1999 auf 2,1% und hält damit den im „EU-Stabilitätspakt“ vorgesehenen Kurs, der allerdings keinen großen Spielraum für Entlastungsmaßnahmen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite zuläßt.

KONJUNKTURAUFSCHWUNG GEWINNT IN EUROPA AN BREITE

Die Finanzkrise in Südostasien zieht einen Wachstumseinbruch in den betroffenen Ländern nach sich. In Japan kommt die vorsichtige Konjunkturbelebung wieder zum Stillstand. Das Wachstum in den USA und der EU wird davon nur mäßig gedämpft. In Europa gewinnt der Konjunkturaufschwung im Prognosezeitraum an Breite, das Wirtschaftswachstum beschleunigt sich auf real 2¾% bzw. 3%.

Die Rahmenbedingungen der internationalen Konjunktur haben sich in jüngster Zeit vor allem durch die Finanzkrise in Südostasien verändert. Die Folgen der Turbulenzen sind derzeit nicht vollständig abzusehen, denn einerseits ist die Lage auf den Finanzmärkten nach wie vor sehr labil, andererseits läßt sich noch nicht abschätzen, in welchem Umfang das Bankensystem in Mitleidenschaft gezogen ist. Wichtige Ursachen der Krise waren die sinkende Wettbewerbsfähigkeit und die hohen Leistungsbilanzdefizite der betroffenen Staaten sowie die spekulativ überhöhten Preise, die sich auf vielen südostasiatischen Vermögensmärkten in den letzten Jahren gebildet hatten. Die Vermögensverluste auf Aktien- und Immobilienmärkten und der Übergang zu einer scharf restriktiven Geld- und Fiskalpolitik dämpfen das Wirtschaftswachstum und die Importe dieser Länder vor allem 1998 erheblich. Unter der Annahme, daß das Finanzsystem in Südostasien nicht stärker einbricht, könnte in den Folgejahren eine Wachstumsbelebung einsetzen, die – abwertungsbedingt – vom Export ausgehen wird.

In Japan hat die enge Verflechtung mit dem Krisenraum im Außenhandel – fast 50% der japanischen Exporte gehen nach Asien – und in den Finanzbeziehungen eine deutliche Beeinträchtigung der Wirtschaftsentwicklung zur Folge. Der Einbruch in Südostasien trifft Japan zudem in einer ungünstigen Phase der Konjunktur: Einerseits hatte sich der Aufschwung erst kürzlich etwas deutlicher abgezeichnet, war aber noch sehr labil, anderer-

seits hat die Wirtschaftspolitik nur noch wenig Spielraum zur Gegensteuerung. Das Wirtschaftswachstum dürfte sich deshalb auch 1998 kaum beleben, die neunziger Jahre bleiben ein Jahrzehnt der Stagnation für die japanische Wirtschaft (durchschnittliches Wachstum real 1½%).

Auch auf andere Industrieländer wird die Krise in Südostasien über eine Dämpfung des Warenexports Auswirkungen haben. Allerdings sind die Ausgangsbedingungen in den USA und in Europa deutlich günstiger als in Japan: Die Handelsverflechtung mit den betroffenen Staaten ist merklich geringer und die Konjunktur gefestigter. In den USA wird die rege Dynamik vor allem von der Inlandsnachfrage getragen. Die Investitionen profitieren von der starken Güternachfrage, der „Revolution in der Kommunikationstechnologie“, sinkenden Investitionsgüterpreisen und hohen Unternehmensgewinnen. Der private Konsum ist von der starken Beschäftigungsausweitung begünstigt. Das Wirtschaftswachstum erreichte 1997 real fast 4%, die Entwicklung von Nachfrage und Produktion der USA bildet einen wichtigen Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft. Die Dollaraufwertung und die Effekte der jüngsten Entwicklung in Asien werden 1998 und 1999 das Wachstum über eine Dämpfung des Exports etwas abschwächen (real 2½% bzw. 2%), es bleibt aber kräftig genug, um die günstige Situation auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten aufrechtzuerhalten.

In der EU ist der Konjunkturaufschwung 1997 in Gang gekommen, die Wirtschaft wuchs real um 2½%. Allerdings unterscheidet sich das Muster der Konjunktur zwischen den EU-Staaten erheblich. Einige Länder (Großbritannien, Irland, die Mehrzahl der skandinavischen Staaten, Spanien, Portugal und die Niederlande) sind im Konjunkturzyklus schon weiter vorangeschritten. Dafür mögen die engere Handelsverflechtung mit den USA, Wachstumseffekte vorangegangener Abwertungen oder die weniger restriktive Fiskalpolitik maßgebend sein. Der Aufschwung hat bereits 1997 die Inlandsnachfrage erfaßt, das Wirtschaftswachstum lag über dem Durchschnitt der EU-Länder, und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes sollte in diesen Ländern im Durchschnitt auch 1998 und 1999 bei real etwa 3% liegen, nur in Großbritannien schwächt es sich merklich ab.

Hingegen wird die Konjunktur in Deutschland, Frankreich und einigen kleineren Ländern 1997 noch stark von der Verbesserung der preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertungseffekte seit dem Frühjahr 1995 bestimmt und damit fast ausschließlich vom Export getragen. Vor allem in Deutschland hat sich der Aufschwung bislang nicht auf die Inlandsnachfrage ausgeweitet. Trotz günstiger Rahmenbedingungen von seiten der Gewinn- und Kostenentwicklung stagnieren die Inlandsaufträge in der Investitionsgüterindustrie wei-

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5
USA	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,0
Japan	+ 1,4	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,5
EU	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,0
Deutschland	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,0
Ost-Mitteuropa	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 4,5	+ 5,0
Welthandel, real	+ 9,5	+ 6,2	+ 9,0	+ 8,0	+ 7,5
Marktwachstum ¹⁾ Österreichs	+ 6,1	+ 6,2	+ 7,8	+ 7,6	+ 7,6
Weltmarkt-Rohstoffpreis ²⁾					
Insgesamt	+10,0	+ 3,0	- 1,0	± 0,0	+ 1,0
Ohne Rohöl	+11,0	- 9,0	+ 6,5	+ 5,0	± 0,0
Erdölpreis ³⁾ \$ je Barrel	17,2	20,6	19,0	18,0	18,5
Wechselkurs \$ je \$	10,08	10,59	12,10	12,30	12,30

¹⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen.
²⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. — ³⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

terhin. Der private Konsum bleibt aufgrund der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der restriktiven Fiskalpolitik auf niedrigem Niveau. Eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Deutschland kann unter drei wesentlichen Voraussetzungen zustande kommen: Die Erwartungen der Unternehmen müssen so weit stabilisiert werden, daß eine umfangreiche Investitionsausweitung in Gang kommt – dies ist bisher aufgrund wirtschaftspolitisch bedingter Unsicherheiten und verhaltener Absatzerwartungen nicht eingetreten; Arbeitsmarkt und Einkommen müssen sich so entwickeln, daß auch dem privaten Konsum wieder eine größere Bedeutung als wichtiger Nachfragefaktor zukommen kann; die Konsequenzen der Asienkrise für Engagements der deutschen Großindustrie in diesen Ländern sollten die sonstige Geschäftstätigkeit nicht allzusehr tangieren.

Der Konjunkturaufschwung verlief in den EU-Ländern 1997 noch uneinheitlich. 1998 und 1999 sollte er weiter an Breite gewinnen (Wirtschaftswachstum real 2¾% bzw. 3%). Wenn Nachfrage und Produktion mehrere Jahre hindurch in diesem Ausmaß expandieren, können erhebliche Entlastungseffekte auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten erwartet werden.

Die Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs sollte in der EU einen problemlosen Übergang zur gemeinsamen Währung ermöglichen. Dennoch können im Jahr 1998 Wechselkursspekulationen und daraus folgende Instabilitäten – die die Entwicklung der Realwirtschaft beeinträchtigen würden – nicht ausgeschlossen werden, wenn die Finanzmärkte die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme oder die Eintrittskurse einzelner Länder an der Währungsunion testen sollten. Die vorliegende Konjunkturprognose geht aber explizit vom Inkrafttreten einer Wäh-

rungsunion für 11 Mitgliedsländer der EU am 1. Jänner 1999 aus. Als Einstiegswechselkurse wurden die bestehenden Leitkurse des EWS angenommen. Der Übergang in die Währungsunion wird zu einer raschen Angleichung des kurzfristigen Zinsniveaus in den Teilnehmerländern führen. In den Hartwährungsländern ist deshalb mit einem Anstieg der kurzfristigen Zinssätze zu rechnen. In Österreich dürfte der Dreimonatszinsatz (VIBOR) von 3½% auf deutlich über 4% steigen. Die langfristigen Zinssätze sollten von dieser – technisch bedingten – Anpassung im kurzfristigen Bereich nur wenig betroffen sein.

In Ost-Mitteuropa hat sich das Wachstum jüngst aufgrund der Stabilisierungsprogramme Tschechiens und Bulgariens etwas abgeschwächt. Entsprechende Schritte sind auch in Polen, der Slowakei und Rumänien zu erwarten. Hingegen beschleunigt sich in Ungarn die Expansion von Nachfrage und Produktion wieder merklich. Vom stärkeren Konjunkturaufschwung in Westeuropa werden auch die Exporte Ost-Mitteuropas profitieren, die Importbeschränkungen werden damit weniger zwingend, das Wachstumspotential erhöht sich.

EXPORTBOOM VERBESSERT HANDELSBILANZ MERKLICH

Hohes Marktwachstum und deutlich verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen haben einen Exportboom ausgelöst. Die Inlandsnachfrage und damit der Import erholen sich erst allmählich. Das Defizit in der Handelsbilanz sinkt auf 90 Mrd. S.

Die Rahmenbedingungen für die österreichischen Exporteure haben sich 1997 durch eine merkliche Entlastung aus der Wechselkurs- und Kostensituation und die allmähliche Erholung der Konjunktur wichtiger Handelspartner wesentlich verbessert. Die Ausfuhr stieg nach Angaben des ÖSTAT im 1. Halbjahr 1997 nominell um 12%, besonders kräftig war die Nachfrage außerhalb der EU. Die österreichischen Anbieter haben erheblich an preisbestimmter Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Der effektive Wechselkurs für Industriewaren verbesserte sich 1997 neuerlich real um 2½%, die relativen Lohnstückkosten in einheitlicher Währung sanken gegenüber den Handelspartnern um 4½%. Die Verbesserung der Lohnstückkostenposition wird im Prognosezeitraum unter der Annahme stabiler Wechselkurse etwas nachlassen. Dennoch sinken die Lohnstückkosten in der Sachgüterproduktion aufgrund des hohen Produktivitätswachstums und der zurückhaltenden Lohnpolitik weiter merklich.

Die österreichischen Exporteure werden auch 1998 und 1999 leicht an Marktanteilen gewinnen. Gleichzeitig

Produktivität

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+2,1	+1,6	+2,0	+2,7	+3,0
Erwerbstätige ¹⁾	+0,2	-0,5	+0,4	+0,5	+0,8
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+1,9	+2,1	+1,6	+2,1	+2,1
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾		+1,3	+4,0	+4,5	+4,5
Beschäftigte		-2,9	-1,4	-0,7	-0,3
Stundenproduktivität ³⁾		+4,5	+6,0	+5,2	+4,8
Geleistete Arbeitszeit je Arbeiter		-0,3	-0,6	±0,0	±0,0

¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. — ²⁾ Nettoproduktionswert. — ³⁾ Produktion je geleistete Arbeiterstunde.

hält das Marktwachstum ein hohes Niveau. Die kräftige Nachfrage aus Osteuropa und einigen EU-Ländern, in denen der Aufschwung schon an Breite gewonnen hat, wird ergänzt um eine Belebung der Nachfrage in Deutschland und Italien, sobald dort Konsum und Investitionen anziehen. Der Warenexport wird damit (nach einer realen Expansion um 5% im Jahr 1996) von 1997 bis 1999 pro Jahr um fast 10% wachsen und damit den wichtigsten Konjunkturmotor bilden. Die stabilen Wechselkurse in der Währungsunion werden verhindern, daß die Wettbewerbsposition Österreichs wie in der Vergangenheit durch Abwertungen wichtiger Handelspartner beeinträchtigt wird.

Die Entwicklung des Wechselkurses begünstigt den Export und die Produktionsdynamik, gleichzeitig hat sie einen Anstieg der Importpreise und eine leichte Verschlechterung der Terms of Trade zu Folge, die tendenziell das Defizit der Handelsbilanz erhöhen. Dennoch wachsen die Importe 1997 nominell noch deutlich langsamer als der Export. Bedingt durch die umfangreichen Bemühungen zur Budgetkonsolidierung übersteigt die inländische Endnachfrage das Vorjahresniveau 1997 um nur etwa 1%, die Gesamtnachfrage expandiert dreimal so rasch. Dies entlastet die Handelsbilanz merklich: Das Defizit sinkt um 10 Mrd. S auf etwa 90 Mrd. S (3½% des BIP). Mit anziehender Inlandsnachfrage werden ab 1998 auch die Importe wieder kräftiger expandieren, ihr reales Wachstum beschleunigt sich von 6% (1996) auf 8% (1999).

STABILISIERUNG DES LEISTUNGSBILANZ-DEFIZITS

Die Leistungsbilanz hat sich im Laufe der neunziger Jahre kontinuierlich verschlechtert, 1996 betrug das Defizit bereits 1¾% des BIP. Die Passivierung wurde vor allem durch den rasch sinkenden Reiseverkehrsüberschuß ausgelöst. Die Probleme der Angebotsstruktur im Sommertourismus waren dafür ebenso ausschlaggebend wie die Entwicklung der Wechselkurse. Ab 1995 kamen infolge der Nettoszahungen an die EU erhebliche Defizite in der Transferbilanz hinzu. 1997 stabilisierte sich das Leistungsbilanzdefizit – vor allem infolge der Korrektur

Entwicklung der realen Wertschöpfung

	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Zu Preisen von 1983 in Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgüterproduktion und Bergbau ¹⁾	404,8	423,0	442,1	+4,0	+4,5	+4,5
Energie- und Wasserversorgung	52,7	53,8	54,9	+1,0	+2,0	+2,0
Bauwesen	115,1	116,8	119,8	+1,0	+1,5	+2,5
Handel ²⁾	259,9	265,1	270,4	+1,3	+2,0	+2,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	56,2	56,7	57,8	±0,0	+1,0	+2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	130,8	135,4	140,8	+3,0	+3,5	+4,0
Kredit- und Versicherungswesen	121,4	124,4	128,1	+1,5	+2,5	+3,0
Realitätenwesen ³⁾	174,7	180,8	188,0	+2,5	+3,5	+4,0
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	65,8	68,1	70,8	+3,0	+3,5	+4,0
Öffentliche Dienste	195,8	197,8	199,8	+0,8	+1,0	+1,0
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	28,5	28,9	29,3	+1,5	+1,5	+1,5
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1.605,6	1.650,8	1.701,8	+2,2	+2,8	+3,1
Land- und Forstwirtschaft	45,7	45,7	45,7	+1,7	±0,0	±0,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	1.651,4	1.696,5	1.747,5	+2,2	+2,7	+3,0
Bruttoinlandsprodukt	1.698,1	1.743,6	1.795,5	+2,0	+2,7	+3,0

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. — ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. — ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogener Dienstleistungen. — ⁴⁾ Einschließlich häuslicher Dienste. — ⁵⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

der Wechselkurse und der schwachen Inlandsnachfrage in Österreich – auf 45 Mrd. S. Der Reiseverkehrsüberschuß sank nochmals um 6 Mrd. S auf nur noch 16¾ Mrd. S. Steigende Aktiva weist die Bilanz der sonstigen Dienstleistungen (Transport, Transit, Lohnveredelung u. a.) auf – sie sind bereits dreimal so hoch wie jene des Reiseverkehrs.

1998 und 1999 ist keine wesentliche Verbesserung der Leistungsbilanz zu erwarten. Das Anziehen der Inlandsnachfrage wird die Handelsbilanz etwas verschlechtern. Das Defizit in der Transferbilanz steigt ebenfalls leicht, es wird primär durch die Nettoszahungen an die EU im Ausmaß von – grob geschätzt – 15 Mrd. S pro Jahr bestimmt. Die Faktoreinkommen erbringen ein konstantes Defizit von etwa 8 Mrd. S. Die dem Reiseverkehr zugerechneten Ausgaben der Österreicher im Ausland wachsen weiter kräftig (real +2½% pro Jahr). Allmählich sollte sich aber die Nachfrage ausländischer Gäste nach heimischen Tourismusleistungen wieder etwas erholen. 1997 ist mit einer Stagnation zu rechnen, ab 1999 wird sich die Reiseverkehrsbilanz nicht mehr weiter verschlechtern.

KRÄFTIGE EXPANSION DER SACHGÜTER-ERZEUGUNG

Nach Verzögerungen, die durch Umstellungen in der Statistik bedingt waren, liegen nun erstmals Daten für die Sachgütererzeugung im I. Quartal 1997 vor. Teilweise arbeitstägig bereinigt erhöhte sich der Output gegenüber dem Vorjahr um 5¾%. Die Tendenz zu kräftigen Produktionsausweitungen dürfte im Jahresverlauf 1997 angehalten haben. Der WIFO-Konjunkturtest läßt

auf eine Beschleunigung der Expansion in der Industrie schließen: Im IV. Quartal schätzten die Unternehmen den Bestand an Aufträgen aus dem In- und Ausland neuerlich günstiger ein, die Mehrzahl erwartete eine weitere Zunahme der Produktion in den nächsten Monaten. Die Dynamik der Industriekonjunktur dürfte sich zuletzt

Die rege Nachfrage aus dem Ausland ermöglicht eine merkliche Ausweitung der Sachgüterproduktion (1997 real +4%). Mit dem Anziehen der Inlandsnachfrage erhalten weitere Produktionsbereiche Impulse.

stärker vom Basissektor und der Chemieindustrie zu den Unternehmen der technischen Verarbeitung verlagert haben. Die Sachgütererzeugung wuchs damit 1997 insgesamt real um zumindest 4%. Den Motor für die Konjunktur bildete aber bislang fast ausschließlich die Nachfrage aus dem Ausland. 1998 dürfte der Aufschwung an Breite gewinnen und zusätzliche Sektoren erfassen. Die Erzeugung traditioneller Konsumgüter und die Bauzulieferindustrie sollten von einer allmählichen Belebung der Inlandsnachfrage profitieren. Das Wachstum der Sachgütererzeugung könnte sich dann leicht auf 4½% pro Jahr beschleunigen.

Die österreichische Industrie hat – stärker als die deutsche – schon in den letzten Jahren kräftig investiert. Einerseits spielten Großinvestitionen der Papierindustrie und von Autozulieferern eine wichtige Rolle, andererseits war in vielen Wirtschaftsbereichen die Wettbewerbsfähigkeit nur durch verstärkte Rationalisierungsanstrengungen aufrechtzuerhalten. 1997 dürften die Industrieinvestitionen das hohe Niveau gehalten haben. Mit einer fortschreitenden Erholung der Konjunktur wird 1998 und 1999 auch die Investitionsneigung im Gewerbe und in verschiedenen Dienstleistungsbranchen wieder steigen. Das Wachstum der gesamten Ausrüstungsinvestitionen sollte sich deshalb allmählich beschleunigen.

LANGSAME ERHOLUNG IN DER BAUWIRTSCHAFT

Die Bauproduktion blieb 1997 sehr schwach, sie dürfte real um nur 1% expandiert haben. Die Beschäftigung lag im 1. Halbjahr – primär witterungsbedingt – um 2½% über dem Vorjahresniveau, seitdem um 0,4% darunter. Die Sparpolitik der öffentlichen Hand hatte daran wesentlichen Anteil: Die kommunalen Bauausgaben waren rückläufig, die Kürzung der Ermessensausgaben des Bundes dürfte zu Lasten der Tiefbauinvestitionen gegangen sein. Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten und neue Modelle der Finanzierung öffentlicher Investitionen – vor allem für den Ausbau der Schienenin-

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+3,2	+1,7	+1,5	+2,0	+2,7
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	+1,5	-0,8	±0,0	+0,3	+1,0
Netto	+0,5	-2,2	-2,0	-0,1	+0,5
Nettomasseneinkommen, nominell	+2,7	+0,9	+0,2	+2,3	+2,8
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+1,4	-0,5	-0,1	-0,1	+0,6
Verarbeitende Industrie	-0,6	-1,0	-3,8	-2,6	-1,7
Relative Lohnstückkosten ¹⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	+2,1	-3,0	-4,4	-1,8	-1,3
Gegenüber der BRD	-0,2	-0,6	±0,0	-0,7	-0,3
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	+3,0	-1,2	-1,8	+0,4	+0,4
Real	+2,6	-1,5	-2,5	-0,4	-0,4

¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

frastruktur – lassen für den Tiefbau mittelfristig eine Belebung erwarten. Hingegen steht der Wohnbau vor einer Abschwächung. Die Wohnbauoffensive der letzten Jahre hat den Nachfrageüberhang kontinuierlich abgebaut. Nun hat sich der Wohnungsmarkt merklich entspannt, die Zahl der Bewilligungen im geförderten Wohnbau geht zurück. Rege bleiben hingegen die Sanierungsaktivitäten – bedingt durch steuerliche Anreize und direkte öffentliche Förderungen. Im Bürobereich sind umfangreiche Kapazitäten vorhanden, die Neubautätigkeit wird in den nächsten Jahren noch verhalten sein. Wachsende Nachfrage ist aus dem sonstigen Wirtschaftsbau zu erwarten. Die Entspannung der Lage im Tourismus wird verstärkte Bauinvestitionen in diesem Sektor erlauben. Damit wird sich die Bauproduktion insgesamt 1998 und 1999 leicht beleben (real +1½% bzw. +2½%).

PRIVATER KONSUM ENTFALDET STÄRKERE DYNAMIK

Schwache Lohnsteigerungen und die besonders restriktive Budgetpolitik dämpften 1997 die verfügbaren Einkommen und hatten – trotz kräftigen Rückgangs der Sparquote – eine Stagnation der Konsumausgaben zur Folge. Mit dem Abklingen beider Faktoren entsteht ein Spielraum, der auch den Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage wieder erhöht.

Die Pro-Kopf-Einkommen stiegen 1996 und 1997 um nur jeweils 1½%. In der Stagnationsphase blieb die Lohnpolitik sehr zurückhaltend, die Teilzeitbeschäftigung nahm kräftig zu, Sonderzahlungen und Überzahlungen über den Kollektivvertragslohn hinaus wurden eingeschränkt. Die Realeinkommen haben sich damit nicht erhöht. Gleichzeitig brachte die Budgetkonsolidierung umfangreiche Steuererhöhungen mit sich. Die Netto-

Privater Konsum

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Privater Konsum	+2,9	+2,4	+0,5	+1,5	+1,8
Dauerhafte Konsumgüter	+0,9	+8,0	-4,0	+3,5	+2,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+3,2	+1,6	+1,2	+1,2	+1,7
Nettomasseneinkommen	+1,2	-1,6	-1,3	+0,6	+1,1
Verfügbares persönliches Einkommen	+2,9	+0,7	-0,1	+2,0	+2,1
Sparquote, in % des verfügbaren Einkommens	10,2	8,6	8,0	8,5	8,8

realeinkommen je Arbeitnehmer gingen in beiden Jahren um jeweils etwa 2% zurück. Auch die Sozialtransfers waren real rückläufig. Der Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und verschiedene Maßnahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung werden das Einkommenswachstum je Arbeitnehmer weiter beschränken. Dennoch sollte der Konjunkturaufschwung 1998 und 1999 zu einer etwas deutlicheren Erhöhung der Einkommen beitragen. Die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer könnten um 2% bzw. 2¾% steigen. Die Budgetpolitik bleibt zwar restriktiv, aber nicht mehr im Ausmaß der Vorjahre.

Mit wachsenden verfügbaren Einkommen (real jeweils +2%) wird auch für den Konsum wieder ein größerer Spielraum geschaffen. Dieser konnte 1997 nur dank des kräftigen Rückgangs der Sparquote (von 10¼% 1995 auf den Tiefststand von 8% 1997) stabilisiert werden. Im Prognosezeitraum ist ein Konsumwachstum von 1½% bzw. 1¾% zu erwarten, gleichzeitig wird sich die Sparquote langsam wieder einem „Normalniveau“ nähern. Die Einzelhandelsumsätze wiesen in den ersten drei Quartalen 1997 ein leichtes Minus auf (real -¾%). Hingegen profitierte der Großhandel von der starken Außenhandels- und Industriekonjunktur. Für die kommenden Jahre kann mit einer Erholung der Handelsumsätze gerechnet werden (jeweils real +2%).

WEITGEHENDE PREISSTABILITÄT BLEIBT ERHALTEN

Die Inflationsrate hat in den Sommermonaten den niedrigsten Wert seit 1987 erreicht. Die Preise stiegen auf Verbraucherebene gegenüber dem Vorjahr um nur noch etwa 1%. Schwache Inlandsnachfrage und heftiger Konkurrenzdruck im Bereich von Industriewaren und Dienstleistungen waren dafür ebenso verantwortlich wie das merkliche Nachlassen der Preissteigerungen im Wohnungssektor. In den nächsten Monaten wird der Preisauftrieb leicht anziehen. Verschiedene Tarifierhöhungen, das verzögerte Wirksamwerden wechsellkursbedingter Importpreissteigerungen und allmählich auch die Effekte der Belebung der Inlandsnachfrage sind dafür maßgebend. Eine Übertragung von Preiseffekten der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland nach Österreich kann nicht ausgeschlossen werden. Allerdings werden weitere preisdämpfende Effekte des EU-

Entwicklung der Nachfrage

	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1983)						
Privater Konsum ¹⁾	968,1	982,6	1.000,3	+0,5	+1,5	+1,8
Öffentlicher Konsum	282,3	285,1	288,5	+0,8	+1,0	+1,2
Bruttoanlageinvestitionen	441,4	457,2	478,3	+2,8	+3,6	+4,6
Ausrüstungen (netto) ²⁾	192,4	204,0	218,3	+5,0	+6,0	+7,0
Bauten (netto) ²⁾	227,0	230,4	236,2	+1,0	+1,5	+2,5
Lagerbewegung und Statistische Differenz	2,5	4,7	6,3			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.694,3	1.729,6	1.773,3	+1,2	+2,1	+2,5
Plus Exporte i. w. S.	938,5	1.009,9	1.086,1	+6,5	+7,6	+7,6
Reiseverkehr	102,1	103,2	105,7	±0,0	+1,0	+2,5
Minus Importe i. w. S.	934,7	995,8	1.064,0	+4,8	+6,5	+6,8
Reiseverkehr	97,4	99,8	102,3	+2,5	+2,5	+2,5
Bruttoinlandsprodukt	1.698,1	1.743,6	1.795,5	+2,0	+2,7	+3,0
Nominell	2.499,8	2.600,4	2.717,4	+3,2	+4,0	+4,5

¹⁾ Einschließlich Eigenkonsum der privaten Dienste ohne Erwerbscharakter. — ²⁾ Ohne Mehrwertsteuer.

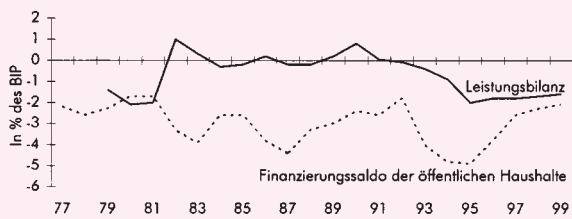
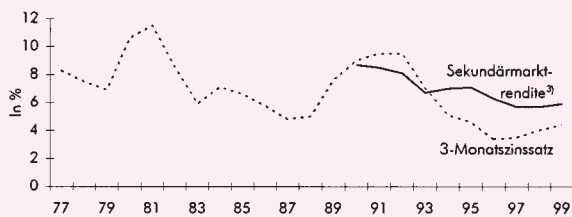
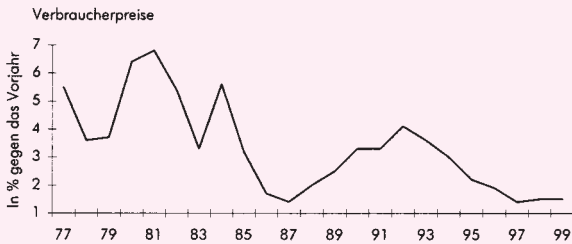
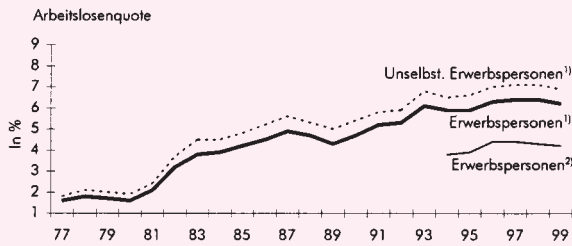
Beitritts wirksam, der Wettbewerbsdruck ist auf allen Ebenen groß, und die Lohnsteigerungen sind nach wie vor relativ verhalten. Die Preisstabilität bleibt in hohem Maß gewahrt. Die Inflationsrate wird nach 1,4% im Jahresdurchschnitt 1997 nur geringfügig auf 1,5% 1998 und 1999 steigen.

BELEBUNG DER INLANDSNACHFRAGE BRINGT VERSTÄRKTEN BESCHÄFTIGUNGSANSTIEG

Der Konjunkturaufschwung zeigt allmählich Effekte auf dem Arbeitsmarkt, die Arbeitskräftenachfrage expandiert merklich. Ein fast ebenso rascher Anstieg des Arbeitskräfteangebotes verhindert aber einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote sinkt 1999 leicht auf 6,9% bzw. 4,2% (laut Eurostat).

Die Beschäftigung (ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) stieg von Jänner bis November 1997 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 13.000. Die Ausweitung erfolgte vor allem im Bereich unternehmensnaher Dienstleistungen (einschließlich Leiharbeit) und öffentlicher Dienstleistungen im weiteren Sinn (einschließlich Unterrichts- und Gesundheitswesen) und betraf fast ausschließlich Frauen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Änderung der Ladenöffnungszeiten trugen zu einer starken Erhöhung der Zahl geringfügig Beschäftigter bei; diese Personen verfügen aber 1997 noch über keine sozialversicherungsrechtliche Absicherung und scheinen in der Arbeitsmarktstatistik nicht auf. Bisher spiegelt sich der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt noch kaum: Die steigende Güternachfrage aus dem Ausland wurde in der Industrie vor allem mit hohen Produktivitätszuwächsen bewältigt. Mit

Wichtige Konjunkturindikatoren



¹) Laut Arbeitsmarktstatistik. — ²) Laut Eurostat. — ³) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (benchmark).

der Belebung der Inlandsnachfrage wird aber der Arbeitsmarkt in gewohnter Weise reagieren, die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld und Präsenzdienier) wird 1998 um 18.000 (+0,6%) und 1999 um 27.000 (+0,9%) wachsen.

Fast parallel zur Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage steigt das Arbeitskräfteangebot. Vor allem die zusätzlich in Dienstleistungsberufen eingestellten Frauen kommen fast ausschließlich aus der „stillen Reserve“. Die Arbeitslosigkeit geht deshalb kaum zurück. Im Jahresdurchschnitt 1997 war sie – bedingt durch das Auslaufen der Sonderunterstützungszahlungen – sogar etwas höher als im Vorjahr. 1998 verharrt die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt auf dem Vorjahresniveau von 233.000 und beginnt erst 1999 zu sinken (–4.000). Die Arbeitslosenquote wird dann auf 6,9% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnung bzw. 4,2% der Erwerbspersonen nach international vergleichbarer Messung laut EU Labour Force Survey zurückgehen.

Arbeitsmarkt

	1995	1996	1997	1998	1999
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	-12,3	-23,8	+ 8,7	+ 8,0	+27,0
Unselbständig Beschäftigte insgesamt¹)	- 2,5	-20,9	+ 8,0	+ 7,5	+26,5
Ohne Präsenzdienier und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	+ 0,6	-16,5	+12,6	+18,0	+27,0
Veränderung gegen das Vorjahr					
Präsenzdienier und Bezieher von Karenzurlaubsgeld¹)	in % + 0,0	- 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9
Ausländische Arbeitskräfte²)	+ 9,3	+ 0,0	- 2,0	+ 3,0	+ 3,0
Selbständige³)	- 9,8	- 2,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Erwerbspersonen im Inland	-11,6	- 9,0	+10,7	+ 8,3	+23,0
Ausländer	+ 8,7	+ 2,8	- 2,5	+ 2,0	+ 3,0
Wanderung von Inländern	+ 5,6	+ 4,9	+ 5,0	+ 4,0	± 0,0
Inländer	-25,9	-16,7	+ 8,2	+ 2,3	+20,0
<i>Überschuß an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose⁴)	+ 0,8	+14,8	+ 2,0	+ 0,3	- 4,0
Stand	in 1.000 215,7	230,5	232,5	232,8	228,8
<i>Arbeitslosenquote</i>					
In % der Erwerbspersonen⁵)	3,9	4,4	4,4	4,3	4,2
In % der Erwerbspersonen⁴)	5,9	6,3	6,4	6,4	6,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen⁴)	6,6	7,0	7,1	7,1	6,9
Erwerbsquote⁶)	67,5	67,2	67,2	67,2	67,3
Beschäftigungsquote⁷)	63,5	62,9	62,9	62,9	63,2

¹) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. — ²) Bereinigt um statistische Brüche. — ³) Laut WIFO. — ⁴) Laut Arbeitsmarktstatistik. — ⁵) Laut Eurostat. — ⁶) Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige). — ⁷) Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige).

BUDGETKONSOLIDIERUNG KOMMT GUT VORAN

Die umfangreichen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte haben die Neuverschuldung unter das angestrebte Ziel von 3% des BIP zurückgeführt, bildeten gleichzeitig aber den wichtigsten Grund für die Schwäche der Inlandsnachfrage. Die Konjunkturbelebung zeigt über die Wirksamkeit der „automatischen Stabilisatoren“ allmählich positive Effekte im Budget.

Die Bundesregierung unternahm 1996 und 1997 umfangreiche – und erfolgreiche – Anstrengungen zur Budgetkonsolidierung: Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte sank von einem Defizit von 4,9% des BIP 1995 auf voraussichtlich –2,6% 1997. Zusammen mit bedeutenden Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten gewährleistet diese Entwicklung die Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Eintritt in die Währungsunion, denn auch die Staatsschuldenquote ist rückläufig – sie erreicht 1997 ein Niveau von etwa 66% des BIP. Gleichzeitig dämpften die merklichen Steuererhöhungen und Transferkürzungen das Wachstum der verfügbaren Einkommen und des privaten Konsums deutlich.

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1995	1996	1997	1998	1999
			Mrd. S		
<i>Budgetpolitik</i>					
Budgetsaldo des Bundes, netto	-117,9	-89,4	-68,0	-67,3	-70,1
			In % des BIP		
Budgetsaldo des Bundes, netto	- 5,1	- 3,7	- 2,7	- 2,6	- 2,6
Finanzierungssaldo laut VGR					
Alle öffentlichen Haushalte	- 4,9	- 3,8	- 2,6	- 2,3	- 2,1
			In %		
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz (VIBOR)	4,6	3,4	3,5	4,0	4,4
Sekundärmarkttrendite ¹⁾	7,1	6,3	5,7	5,7	5,9
Sekundärmarkttrendite, gesamt	6,5	5,3	4,9	5,1	5,5
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	+ 3,9	- 1,5	- 2,3	+ 0,5	+ 0,6
Real	+ 3,2	- 2,1	- 3,2	- 0,5	- 0,4

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark).

Die Budgetpolitik wird in den kommenden Jahren leicht restriktiv orientiert sein. Die Beschleunigung des Einkommenswachstums und die Belebung der Inlandsnachfrage lassen zudem allmählich auch Konjunkturreffekte in den öffentlichen Haushalten wirksam werden. Das Aufkommenwachstum der direkten Steuern der privaten Haushalte und der Sozialversicherungsbeiträge zieht merklich an. Somit wird die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte bis 1999 auf ein Niveau von knapp über 2% des BIP sinken. Dies entspricht dem im „EU-Stabilitätspakt“ vereinbarten Kurs, der mittelfristig eine weitere Reduktion der Budgetdefizite vorsieht. Deshalb wird auch in den kommenden Jahren kein großer Spielraum für Entlastungsmaßnahmen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite bestehen.

Abgeschlossen am 17. Dezember 1997.